

Gabriele Baumann **Frau und
Politik in Russland**

**Eine Beurteilung vor den Wahlen
zur Staatsduma im Dezember 2003**

Der Reformprozess der russischen Gesellschaft ist noch immer dadurch gekennzeichnet, dass unter den politischen Entscheidungsträgern des Landes kaum Frauen auszumachen sind. Erst seit ungefähr einem Jahr lässt sich die Tendenz beobachten, dass Frauen grundsätzlich häufiger in Verbindung mit hohen Regierungsgängern genannt werden bzw. diese auch in Einzelfällen neu besetzen. Nach dem Wechsel von Valentina Matwijenko aus der russischen Regierung nach Sankt Petersburg als Bevollmächtigte des russischen Präsidenten für den Nordwestbezirk wurde im Juni 2003 Galina Karelowa zur Vizepremierministerin mit Zuständigkeit für soziale Angelegenheiten ernannt. Allerdings ist sie nach wie vor die einzige Frau in der russischen Regierungsmannschaft. Frau Karelowa, ehemals Vorsitzende der Vereinigung der Unternehmerinnen Russlands und leitende Mitarbeiterin im Arbeitsministerium, war vor ihrer Ernennung in politischen Kreisen weitgehend unbekannt.

Unter den Senatoren des Föderationsrats der Russischen Föderation gibt es derzeit fünf Frauen (2,9 Prozent), Mitte Juni 2003 stellte sich Valentina Petrenko für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrates und der Zuständigen für den Bereich Soziales zur Wahl, bisher allerdings erfolglos. Nach einer Karriere als politische Beraterin seit Mitte der neunziger Jahre wurde Frau Petrenko 2001 zur Senatorin der Republik Chakasien in den Föderationsrat gewählt. Zuletzt war sie im Föderationsrat Vorsitzende des Ausschusses für soziale Fra-

Unter den politischen Entscheidungsträgern Russlands sind noch immer kaum Frauen auszumachen. Erst seit ungefähr einem Jahr lässt sich nach deutlichen Erfolgen in der Kommunalpolitik die Tendenz beobachten, dass Frauen auch häufiger in Verbindung mit hohen Regierungsgängern genannt werden bzw. diese auch in Einzelfällen neu besetzen. Mit dem neuen Parteiengesetz kam es zu einem erheblichen Anstieg von Frauen unter den Mitgliedern der politischen Parteien, der sich in den Spitzenämtern bisher allerdings nicht niederschlägt. Die Rahmenbedingungen für Frauen mit der Chance auf stärkeren Einfluss in der russischen Politik haben sich verbessert, in der nächsten Legislaturperiode der Staatsduma wird sich dies dennoch nur geringfügig auswirken.

gen. Die einzige Konkurrenz beim Streben nach dem Amt des Vizevorsitzenden kommt von einer anderen Senatorin: Ludmila Narusowa, Witwe des Anfang 2000 verstorbenen ehemaligen Sankt Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobtschak. Seit Ende letzten Jahres ist sie im Föderationsrat Senatorin der Republik Tuwa. Beide Frauen sind zudem seit kurzem Mitglied der neugegründeten „Partei des Lebens“ von Sergej Mironow, dem Vorsitzenden des Föderationsrates.

Unter den Gouverneuren (Ministerpräsidenten) der 89 Subjekte (Bundesländer) der Russischen Föderation gibt es nach wie vor keine einzige Frau. Bei der letzten Wahl zur Staatsduma 1999 waren nur knapp acht Prozent der Abgeordneten Frauen, die den Einzug ins Parlament schafften. Die Anzahl von Frauen in den Landesparlamenten der Nordwestregion Russlands schwankt zwischen null und maximal fünf bei einer Parlamentsgröße von 30 bis 50 Abgeordneten. Auf der anderen Seite liegt der Frauenanteil in der Bevölkerung ganz Russlands bei 53 Prozent, in Sankt Petersburg sogar bei 55 Prozent.

Das bedeutet auch, dass die weibliche Wählerschaft über zehn Millionen Stimmen mehr verfügt als die männliche und es eigentlich einfach sein müsste, die Präsenz von Frauen auf allen Ebenen adäquat zu gewährleisten. Warum das aber bisher nicht passiert ist, dafür gibt es viele Gründe.

■ Tendenzen

■ **Das Bewusstsein, dass die Rechte von Frauen nur adäquat umgesetzt werden können, wenn Frauen sich aktiv in der Politik engagieren und die Frauenbewegung zu einer einflussreichen Kraft wird, ist wenig ausgebildet.**

Das Bewusstsein, dass die Rechte von Frauen nur adäquat umgesetzt werden können, wenn Frauen sich aktiv in der Politik engagieren und die Frauenbewegung zu einer einflussreichen Kraft wird, ist wenig ausgebildet. Bereits im Jahre 2000 ergaben Umfragen der Staatlichen Universität von Sankt Petersburg, dass die bestehenden Frauenorganisationen weder als Bewegung erkannt werden noch besondere Autorität in der Bevölkerung genießen.

Anfang 2003 führte das Institut für Genderstudien an der Fakultät für Soziologie eine repräsentative Studie (im Weiteren: IGS) auf der Grundlage der Befragung von 1500 Personen zum Thema „Frauen im politischen Prozess des modernen Russland am Beispiel der Stadt Sankt Petersburg“ durch. An der Befragung beteiligten sich zu 58 Prozent Frauen und zu 42 Pro-

zent Männer. 56 Prozent der Befragten waren im Alter von 18 bis 25 Jahren, 11,5 Prozent im Alter von 26 bis 32, 16 Prozent im Alter von 32 bis 45 Jahren, 12 Prozent im Alter von 46 bis 55 und 4,5 Prozent älter als 56 Jahre.

Die Frage zur Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in einer Frauenorganisation verneinten zu diesem Zeitpunkt 99 Prozent der Frauen. Auf die Frage, welche Frauenorganisation mit welchem Thema ihr Interesse wecken könnte, stand der Bereich Kindererziehung und Hilfe bei familiären Problemen eindeutig an erster Stelle. An zweiter und dritter Stelle wurden die Frauenorganisationen genannt, die sich allgemein mit dem Thema Menschenrechte und mit Wohltätigkeit beschäftigen. Erst an vorletzter Stelle, vor der religiösen Erziehung, wurden die Organisationen genannt, die aktiv in die Politik involviert sind und sich zum Ziel gesetzt haben, die Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen zu verbessern. Der Begriff „Feminismus“ weckte bei den Befragten durchgehend negative Assoziationen, kaum einer wusste etwas mit dem Begriff „Gender“ anzufangen.

Im Gegenzug wären mehr Initiativen von Seiten des Staates erforderlich, um den konstruktiven Dialog mit Frauenorganisationen zu führen und den Aufbau der Zivilgesellschaft voranzutreiben. In der russischen Verfassung von 1993 ist der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau verankert, die UNO-Konvention von 1979 über die Beseitigung jeglicher Art von Diskriminierung gegenüber Frauen wurde seinerzeit von der UdSSR unterzeichnet. Ein Gesetz zur Gleichberechtigung aber hat es bisher nicht gegeben und so wurde nun auf Initiative von Jekaterina Lachowa (ehemals Partei „Frauen Russlands“) in der Staatsduma ein Gesetzentwurf eingebracht, in dem es zum einen um die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen und zum anderen um das Verbot von Geschlechterdiskriminierung geht. Der Gesetzentwurf wurde bereits im Mai in erster Lesung verabschiedet. Sollte er als Gesetz inkraft treten, könnte dies weitreichende Konsequenzen für den Reformprozess der russischen Gesellschaft haben.

Besonders niedrig ist in aller Regel die Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Landtagswahlen. Sie liegt

■ In der russischen Verfassung von 1993 ist der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau verankert, die UNO-Konvention von 1979 über die Beseitigung jeglicher Art von Diskriminierung gegenüber Frauen wurde seinerzeit von der UdSSR unterzeichnet. Ein Gesetz zur Gleichberechtigung aber hat es bisher nicht gegeben.

derzeit bei 20 bis 30 Prozent. Im Verlauf der IGS-Studie fragte das Forscherteam nach der Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen Anfang 2000 und den Staatsdumawahlen Ende 1999. Nicht zur Wahl gingen im ersten Fall 48 Prozent aller Befragten, im zweiten Fall 68 Prozent. Entscheidend für das schlechte Abschneiden der Frauen bei den letzten Wahlen war allerdings bisher, dass Frauen ihre Stimme eher einem männlichen als einem weiblichen Kandidaten gaben bzw. gar nicht erst zur Wahl gingen.

Vor allem viele Jungwählerinnen orientieren sich überhaupt nicht in der politischen Landschaft. Bei Umfragen der Staatlichen Sankt Petersburger Universität im Jahre 2002 ergab sich z.B., dass weit über 50 Prozent der Studentinnen überhaupt nicht wählen gehen. Bei denen, die an den Wahlen teilnahmen, war zudem das Geschlecht des Kandidaten ohne Bedeutung. 2003 aber gaben im Rahmen der IGS-Studie bereits 61 Prozent der Befragten an, dass sich Frauen stärker in der Politik engagieren sollten und 60 Prozent waren der Ansicht, dass Frauen die politische Situation in Russland positiv verändern könnten. Gleichzeitig ist die Einstellung von Frauen gegenüber Politikerinnen mit sehr hohen Anforderungen an das Profil der Frau verbunden, die sich zur Wahl stellt. Man erwartet von einer Politikerin, dass sie eine gute Ausbildung und einen ebenso guten Beruf hat, dass sie verheiratet ist und Kinder hat, dass sie ein passables Aktionsprogramm für den Fall ihrer Wahl vorweisen kann und dass sie bereit ist, die Interessen von Frauen zu vertreten.

Die weibliche Wählerschaft teilen Sankt Petersburger Soziologen in drei Kategorien ein:

1. Die politisch uninteressierten Konformistinnen. Der überwiegende Teil der Frauen handelt nach dem Prinzip, dass sie diejenigen wählen, die am häufigsten in den Medien präsent sind. Diese Gruppe von Frauen hat insgesamt wenig Vertrauen, dass Politiker etwas bewegen und verändern können.
2. Die politisch Engagierten. Diese Frauen haben klare politische Vorstellungen und wissen, wen sie wählen.
3. Die Gleichgültigen. Sie entscheiden sich in letzter Minute, oft unter dem Eindruck von Argumenten aus dem Bekanntenkreis.

■ **Man erwartet von einer Politikerin, dass sie eine gute Ausbildung und einen ebenso guten Beruf hat, dass sie verheiratet ist und Kinder hat, dass sie ein passables Aktionsprogramm für den Fall ihrer Wahl vorweisen kann und dass sie bereit ist, die Interessen von Frauen zu vertreten.**

Daneben gibt es natürlich auch die Frauen, die grundsätzlich zu keiner Wahl gehen, weil sie von der Politik, leeren Versprechungen und nicht erfüllten Hoffnungen enttäuscht sind.

■ Profil russischer Politikerinnen

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass zu den Frauen, die politisches Gewicht in der Gesellschaft und Chancen auf eine weitere politische Karriere haben, nur wenig neue hinzugekommen sind. Wenn man von Politikerinnen mit Einfluss und großem Bekanntheitsgrad spricht, so dreht sich alles um einen relativ kleinen Personenkreis, aus dem hier vier auch aufgrund ihres direkten Bezugs zu Sankt Petersburg herausgestellt werden sollen. Ihr Weg in die russische Politik und die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Politikertypus sollen skizziert werden.

Valentina Matwijenko

Geboren 1949, war Valentina Matwijenko von 1972 bis 1989 in leitenden Funktionen der kommunistischen Jugendorganisation KOMSOMOL und der KPdSU in Leningrad tätig. In den neunziger Jahren war sie als Botschafterin in Malta und Griechenland, von 1998 bis 2003 Vizepremierministerin in der russischen Regierung, in dieser Eigenschaft zuständig für soziale Fragen. Anfang 2003 wurde sie, wie schon erwähnt, von Präsident Putin als seine Bevollmächtigte für die Nordwestregion mit Sitz in Sankt Petersburg ernannt.

Vom Image her entspricht sie dem Typ der „Politikerin nach sowjetischen Muster“ als Funktionärin in sowjetischen Parteiorganen. Sie hat gelernt, nach den vorgegebenen Regeln zu spielen und weiß genau, bis zu welchem Punkt man gehen kann. Man schätzt ihre große Arbeitsenergie. Valentina Matwijenko gilt als wahrscheinliche Nachfolgerin des ehemaligen Sankt Petersburger Gouverneurs Jakowlew. Die vorgezogenen Wahlen im Herbst dieses Jahres werden zeigen, ob in Russland auch eine Frau Gouverneur einer politisch so bedeutenden Stadt wie Sankt Petersburg werden kann. Man räumt ihr sehr gute Chancen ein. Valentina Matwijenko ist verheiratet und hat einen Sohn.

■ Vom Image her entspricht Valentina Matwijenko dem Typ der „Politikerin nach sowjetischen Muster“ als Funktionärin in sowjetischen Parteiorganen. Sie hat gelernt, nach den vorgegebenen Regeln zu spielen und weiß genau, bis zu welchem Punkt man gehen kann. Man schätzt ihre große Arbeitsenergie. Valentina Matwijenko gilt als wahrscheinliche Nachfolgerin des ehemaligen Sankt Petersburger Gouverneurs Jakowlew.

Irina Chakamada

Irina Chakamada wurde 1955 geboren, ihr Vater war als japanischer Kommunist 1939 in die UdSSR emigriert. Sie studierte in Moskau Wirtschaftswissenschaften, war bis 1995, bis zu ihrer ersten Wahl als Abgeordnete in die Staatsduma, als Wissenschaftlerin und Unternehmerin tätig. 1997 wurde sie Vorsitzende des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. 1999 kandidierte sie erneut für die Staatsduma, diesmal wechselte sie von ihrem Moskauer Wahlkreis nach Sankt Petersburg. Im Juni 2000 wurde sie zur stellvertretenden Dumapäsidentin gewählt. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der „Union der Rechten Kräfte“ und eine der Vorsitzenden der gleichnamigen rechtsliberalen Partei. Vom Image her entspricht sie dem Typ der „erfolgreichen Geschäftsfrau“. Sie ist pragmatisch, zielstrebig, eine Persönlichkeit mit großer Ausstrahlung und stark auf den persönlichen Erfolg ausgerichtet. Umfragen haben ergeben, dass sie in Sankt Petersburg kaum einer nicht kennt, allerdings genießt sie bei 58 Prozent der Sankt Petersburger wenig oder gar kein Vertrauen. Sehr beliebt ist Irina Chakamada bei jungen Frauen.

■ Vom Image her entspricht Irina Chakamada dem Typ der „erfolgreichen Geschäftsfrau“. Sie ist pragmatisch, zielstrebig, eine Persönlichkeit mit großer Ausstrahlung und stark auf den persönlichen Erfolg ausgerichtet. Umfragen haben ergeben, dass sie in Sankt Petersburg kaum einer nicht kennt, allerdings genießt sie bei 58 Prozent der Sankt Petersburger wenig oder gar kein Vertrauen. Sehr beliebt ist Irina Chakamada bei jungen Frauen.

Für die Staatsdumawahlen im Dezember 2003 tritt sie wieder an, diesmal in einem anderen Sankt Petersburger Wahlkreis. Einer ihrer größten Konkurrenten in diesem Wahlkreis ist der jetzige Staatsdumavorsitzende und gemäßigte Kommunist Gennadij Selesjow. Bis jetzt werden die Chancen der beiden als gleich eingeschätzt.

Irina Chakamada trat bereits bei der letzten Dumawahl dafür ein, dass Frauen mindestens 30 Prozent der landesweiten Listenplätze politischer Parteien besetzen müssten. Zur Partizipation von Frauen in der Politik sagt sie: „Das Hauptproblem ist die Mentalität. Frauen verzeihen den Männern jede Dummheit, sind aber unbarmherzig bei den kleinsten Fehlern einer Frau. Frauen können nicht verzeihen, wenn Politikerinnen Karriere machen. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass junge Frauen in dieser Frage noch weit konservativer sind als Frauen meiner Generation. Das zweite Problem ist das finanzielle. Niemand ist bereit, in eine Politikerin Geld zu investieren. Ich halte es für erforderlich, spezielle Or-

ganisationen oder Stiftungen zu gründen, die Mittel für Politikerinnen zur Verfügung stellen.“ Irina Chakamada ist in dritter Ehe verheiratet und hat zwei Kinder.

Oxana Dmitrijewa

Oxana Dmitrijewa wurde 1958 in Leningrad geboren. Sie ist habilitierte Wirtschaftswissenschaftlerin und hatte bis zu ihrer ersten Wahl als Abgeordnete in die Staatsduma 1993 den Lehrstuhl für regionale Wirtschaft an der Sankt Petersburger Universität für Wirtschaft und Finanzen inne. Als Abgeordnete hat sie sich besonders für Verbesserungen in der Sozial- und Steuerpolitik stark gemacht. 1998 war sie für kurze Zeit Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung in der russischen Regierung. In der Staatsduma ist sie stellvertretende Vorsitzende im Haushalts- und Steuerausschuss, sie steht an der Spitze der allerdings bedeutungslosen Partei „Entwicklung des Unternehmertums“. Vom Image her entspricht sie dem Typ der Intellektuellen, der auf viele russische Politikerinnen passt. Oxana Dmitrijewa ist in Sankt Petersburg weniger bekannt als Irina Chakamada, genießt aber unter denen, die sie kennen, mehr Vertrauen. Unterstützung erfährt sie in erster Linie von Frauen mittleren Alters mit Hochschulbildung aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen, aber auch von Rentnerinnen. Sie wird gern als „häusliche und gemütliche Person“ bezeichnet. Oxana Dmitrijewa ist verheiratet und hat ein Kind.

Anna Markowa

Geboren 1955 in Leningrad, ist Anna Markowa gelernte Bibliothekarin und Rechtswissenschaftlerin. Von 1979 bis 1999 war sie im höheren Polizeidienst tätig und Chefin einer Polizeibehörde im größten Bezirk von Sankt Petersburg. Bis 2002 war sie Bürgermeisterin desselben Bezirks, seit 2002 ist sie eine der zwei Vizegouverneurinnen von Sankt Petersburg und zuständig für administrative Fragen. Anna Markowa gilt als zu erwartende Gegenkandidatin von Valentina Matwijenko bei den Gouverneurswahlen von Sankt Petersburg. Im Unterschied zu dieser war sie keine Funktionärin der KPDSU und gehört zu den Politikerinnen, die erst mit der Perestrojka eine Karriere-

■ Vom Image her entspricht Oxana Dmitrijewa dem Typ der Intellektuellen, der auf viele russische Politikerinnen passt. Sie ist in Sankt Petersburg weniger bekannt als Irina Chakamada, genießt aber unter denen, die sie kennen, mehr Vertrauen. Unterstützung erfährt sie in erster Linie von Frauen mittleren Alters mit Hochschulbildung aus den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen, aber auch von Rentnerinnen.

■ **Anna Markowa gilt als zu erwartende Gegenkandidatin von Valentina Matwijenko bei den Gouverneurswahlen von Sankt Petersburg. Im Unterschied zu dieser war sie keine Funktionärin der KPDSU und gehört zu den Politikerinnen, die erst mit der Perestrojka eine Karriere-chance erhielten.**

chance erhielten. Sie könnte mit der Unterstützung ihres Stadtbezirks, des ehemaligen Sankt Petersburger Gouverneurs Wladimir Jakowlew und – aufgrund guter Beziehungen zu einflussreichen Kreisen in Moskau – mit erheblichen finanziellen Mitteln zur Wahlkampffinanzierung aus Moskau rechnen. Anna Markowa hat einen Sohn.

■ **Frauen in politischen Parteien**

Mit dem neuen Gesetz über politische Parteien, das Anfang Januar 2002 in Kraft trat, hat sich einiges in der russischen Parteienlandschaft bewegt. Trotz der gestiegenen Anforderungen an die politischen Parteien – die Anzahl der Mitglieder muss landesweit 10000 übersteigen und in über der Hälfte der Föderationssubjekte müssen regionale Parteiorganisationen bestehen – haben derzeit bereits 51 Parteien die Anforderungen erfüllt und sind offiziell beim Justizministerium registriert. Viele kleine Parteien wie z.B. sämtliche christdemokratischen Splitterparteien sind auf diesem Wege weggefallen, aber auch die reinen Frauenparteien wie „Frauen Russlands“, die bereits bei den Staatsdumawahlen 1999 nur noch knapp zwei Prozent der Stimmen erhielten. Im Übrigen schreibt das neue Parteiengesetz vor, dass Parteien mit religiösem Bezug oder einseitiger Geschlechterorientierung nicht zugelassen werden dürfen. Auf der anderen Seite sind im Vergleich zu Umfragen in den Jahren 1999/2000, wo nicht einmal zwei Prozent der Frauen angaben, Mitglied in einer politischen Partei zu sein, zunehmend mehr Frauen Mitglieder in Parteien geworden.

Bei der Frage, welchen Parteien des Spektrums man zuneige, nannten im Rahmen der IGS-Studie 36 Prozent der Befragten Parteien mit demokratischer Orientierung, 21 Prozent Parteien mit ökologischer Ausrichtung und nur acht Prozent Parteien aus dem kommunistischen und sozialistischen Segment des Spektrums. Bei den wichtigsten Parteien, von denen derzeit sechs mit einer Fraktion in der Staatsduma vertreten sind, können folgende Zahlen in Hinsicht auf die Mitgliedschaft von Frauen genannt werden, obwohl berücksichtigt werden muss, dass es zu Mitgliederzahlen insgesamt kaum objektive statistische Angaben gibt und sogar die Anzahl der Mit-

glieder in den einzelnen Fraktionen der Staatsduma fast täglichen Schwankungen unterworfen ist:

„Einheitliches Russland“

Die Putin-Partei, kurz vor den letzten Staatsdumawahlen 1999 aus dem Nichts entstanden, hat nach eigenen Angaben mittlerweile landesweit 400 000 Mitglieder und wird von über 2000 Abgeordneten im ganzen Land vertreten, 82 davon sind derzeit Abgeordnete in der Staatsduma. Fraktionen bildet die Partei in 42 Landesparlamenten. Der Frauenanteil unter den Parteimitgliedern beträgt zirka zehn Prozent.

Kommunistische Partei, KPRF

Die KPRF verfügt gegenwärtig über 83 Mandate in der Staatsduma, eine Statistik über Mitgliederzahlen gibt es nicht, ihr Parteivorsitzender Gennadij Sjuga now nennt bei öffentlichen Auftritten die Zahl von 500 000 Mitgliedern. Ungefähr zehn Prozent davon seien Frauen.

„Volkspartei Russlands“

Die linkszentristische Partei, hervorgegangen aus der Staatsduma-Fraktion der „Volksdeputierten“, verfügt dort über 54 Sitze, fünf davon werden von Frauen besetzt. Die Volkspartei nennt 100 000 Mitglieder landesweit, 55 Prozent davon sind nach Angaben des Sankt Petersburger Parteivorsitzenden Frauen.

„Union der Rechten Kräfte“, SPS

Bei der rechtsliberalen Partei, die derzeit über 31 Sitze in der Staatsduma verfügt, schwankt die Mitgliederzahl zwischen 15 000 und 17 000. Die Partei ist in fast allen Landesparlamenten des Nordwestens mit einem oder mehreren Abgeordneten vertreten. Ungefähr 17 Prozent der Parteimitglieder sind Frauen, darunter bekannte Politikerinnen wie die erwähnte Irina Chakamada, die stellvertretende Vorsitzende. Besonders aktiv im Nordwesten Russlands sind die Parteiorganisationen in den Oblasten Kaliningrad und Leningrad, beide werden von Frauen geleitet.

JABLOKO

Die sozialliberale Partei, die älteste demokratische Partei in Russland nach Beginn der Perestrojka, nennt 50 000 Mitglieder. Jabloko ist noch mit 17 Sitzen in

der Staatsduma vertreten, im gesamten Nordwesten Russlands aber stellt die Partei nur noch fünf Abgeordnete in Sankt Petersburg, darunter eine Frau. 30 Prozent der Parteimitglieder sind nach Angaben der Sankt Petersburger Parteiorganisation landesweit Frauen.

Liberaldemokratische Partei Russlands, LDPR

Die scheinliberale LDPR hat noch 13 Sitze in der Staatsduma, darunter keine einzige Frau. Nach der neuen Registrierung zählt die Partei ungefähr 40 000 Mitglieder, 30 Prozent davon sind nach Angaben der Sankt Petersburger Parteivorsitzenden Frauen. Die LDPR wird für die Wahlen zur Staatsduma Anfang Dezember fünf Kandidaten aus Sankt Petersburg über die Parteiliste aufstellen, drei davon werden angeblich Frauen sein. Trotz des in der Vergangenheit oft skandalösen Verhaltens des Parteivorsitzenden Wladimir Schirinowskij gegenüber Frauen scheint die LDPR für Frauen attraktiver geworden zu sein. Noch vor zwei Jahren lag der Frauenanteil unter den Mitgliedern bei weniger als einem Prozent.

„Partei des Lebens“

Diese erst vor kurzem gegründete zentristische Partei mit ökologischem Anspruch wird von Sergej Mironow, dem Vorsitzenden des Föderationsrats, geführt und ist im Nordwesten Russlands vor allem in Sankt Petersburg und Archangelsk aktiv. Nach Presseangaben verfügt sie mittlerweile über 23 000 Mitglieder und einen Frauenanteil von 25 bis 30 Prozent. Die zweite Mandatsträgerin in der Gesetzgebenden Versammlung von Sankt Petersburg ist neuerdings Mitglied dieser Partei.

■ Die Frauenfrage in den Programmen der politischen Parteien

■ Bei genauer Betrachtung der Programme politischer Parteien in Russland fällt auf, dass die Themen Gleichberechtigung, Ziele einer möglichen Gleichberechtigungspolitik und die Mitwirkung von Frauen in der Politik in der Programmatik bisher überwiegend gar nicht vorkommen.

Bei genauer Betrachtung der Programme politischer Parteien in Russland fällt auf, dass die Themen Gleichberechtigung, Ziele einer möglichen Gleichberechtigungspolitik und die Mitwirkung von Frauen in der Politik in der Programmatik bisher überwiegend gar nicht vorkommen.

Im Programm der „Volkspartei Russlands“ werden Frauen nicht einmal erwähnt, es werden lediglich in einem kurzen Passus gleiche Rechte für alle Bürger

Russlands gefordert. Überraschenderweise findet sich auch weder im Programm der liberalen „Union der Rechten Kräfte“ noch bei der KPRF etwas zum Thema Frauen.

Die „Partei des Lebens“ hat den Bereich zumindest nicht ganz ausgeklammert. Hier heißt es: „Wir unterstützen prinzipiell das Streben der russischen Frauen nach sozialer und politischer Gleichberechtigung. Gleichmaßen sind wir überzeugt, dass Gleichberechtigung nicht außerhalb der Sozialpolitik des Staates zu erreichen ist. Die Familie muß gestärkt, kinderreichen und armen Familien müssen Privilegien eingeräumt und das Kindergeld muss um ein Vielfaches erhöht werden.“

Bei der LDPR findet sich ein ganzes Kapitel mit der merkwürdigen Überschrift „Die LDPR und die Frauen“, das größtenteils populistische und realitätsferne Forderungen enthält, wie z.B. die Einrichtung von Fitnesszentren für Frauen im Erdgeschoss eines jeden Wohnhauses. Gemäßigter klingen da schon konkrete Vorschläge wie z.B. zusätzlicher Urlaub für Mütter während der Schulferien der Kinder, die Schaffung spezieller Frauenarbeitsplätze in der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor.

Sehr konkret und durchdacht ist das Programm der Partei „Jabloko“ in den programmatischen Forderungen nach einer Gleichberechtigungspolitik. So heißt es dort: „Wir sind überzeugt, dass demokratische Institutionen nicht effektiv arbeiten können, wenn die Hälfte der Bürger direkt oder indirekt in ihren Bürgerrechten benachteiligt ist. Der Artikel 19 der Verfassung der Russischen Föderation, der gleiche Rechte und Freiheiten sowie gleiche Chancen auf deren Umsetzung garantiert, muss auch in der Praxis funktionieren.“

„Jabloko“ schlägt vor, dafür gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die eine aktive Teilnahme von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewährleisten. Es wird z.B. empfohlen, ein paritätisches Verhältnis von Männern und Frauen in den Führungsgremien der Partei zu verankern oder die Arbeitsgesetzgebung entsprechend zu verändern, um die beruflichen Karrierechancen von Frauen zu verbessern. Neben der Anhebung des Kindergeldes fordert Jabloko die verstärkte Zulassung von Frauenhäusern für Opfer der Gewalt. Nach wie vor sterben

in Russland jedes Jahr ungefähr 14 000 Frauen infolge von häuslicher Gewalt.

Das Programm der neuen Putin-Partei „Einheitliches Russland“ ist noch immer inhaltlich sehr dürftig, so dass wir auch hier zum Thema Frauen keine Angaben finden. Bei der Vorgängerpartei „Einheit“ allerdings gibt das Programm Auskunft über Ziele der Gleichberechtigungspolitik, z.B. heißt es, wenn auch in einem sehr bürokratischen Stil: „Die Partei beabsichtigt, Frauen zur allseitigen Arbeit in den Organen und Strukturen der Partei hinzuzuziehen, darunter auch in ihren Führungsgremien. Sie beabsichtigt, Frauen im Namen der Partei für verschiedene Führungspositionen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich der staatlichen Verwaltung aufzustellen. Die Partei beabsichtigt, die gesetzliche Verankerung und Umsetzung von Mechanismen zur Kontrolle der Rechte und Interessen von Frauen in allen Regionen der Russischen Föderation in Gang zu setzen.“

■ **Parteilistenplatz oder Direktkandidatur**

■ **Die IGS-Studie hat ergeben, dass Anfang 2003 bereits 60 Prozent der in Sankt Petersburg Befragten eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Politikerinnen haben. In Sankt Petersburg sind mittlerweile 47 Prozent der Bezirksabgeordneten Frauen, der überwiegende Teil von ihnen ist allerdings parteiunabhängig.**

Die IGS-Studie hat ergeben, dass Anfang 2003 bereits 60 Prozent der in Sankt Petersburg Befragten eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Politikerinnen haben. In Sankt Petersburg sind mittlerweile 47 Prozent der Bezirksabgeordneten Frauen, der überwiegende Teil von ihnen ist allerdings parteiunabhängig. In kleineren Städten und speziell in ländlichen Gebieten wie im Oblast Archangelsk ist die Akzeptanz von Frauen in der Politik noch größer. In den letzten Jahren hat sich in den Regionen Nordwestrusslands der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik teilweise auf bis zu 50 Prozent erhöht. Trotzdem wird der Einzug von Frauen in die Parlamente der Oblaste und insbesondere in die Staatsduma dadurch nicht einfacher oder gar zur Selbstverständlichkeit. Die Direktkandidatur bleibt vor allem aufgrund der Finanzierungsfrage des Wahlkampfes eine Möglichkeit nur für die wenigen Frauen, die bereits einen hohen Bekanntheitsgrad in der Politik haben. Allein die Kosten für den Wahlkampf eines „bekannten“ Direktkandidaten für die Wahlen im Dezember werden in Sankt Petersburg auf ungefähr 800 000 Euro veranschlagt.

Neue Chancen könnten sich für Frauen allerdings durch die föderalen Parteilisten bei der Staatsdumawahl ergeben, über die mindestens 50 Prozent der Abgeordneten in der nächsten Legislaturperiode gewählt werden müssen. Artikel 8 Punkt 4 des föderalen Parteiengesetzes sieht eine stärkere Repräsentanz von Frauen in den Führungsgremien der politischen Parteien und in den Parteilisten vor. Dort heißt es: „Politische Parteien sollen Männern und Frauen sowie Bürgern der Russischen Föderation unterschiedlicher Nationalität, die Mitglieder politischer Parteien sind, gleiche Möglichkeiten für die Repräsentanz in Führungspositionen der politischen Partei einräumen. Dies betrifft die Parteilisten für ein Abgeordnetenmandat ebenso wie andere Wahlämter, den öffentlichen Dienst und die kommunale Selbstverwaltung“.

Würde dies so umgesetzt, so hätten Frauen bei dem deutlichen Mitgliederanstieg in den politischen Parteien erheblich bessere Chancen, über die Parteilisten Mandate in der Staatsduma zu bekommen. Da jede Partei allerdings für sich selbst entscheidet, welche Kandidaten auf die „sicheren“ Plätze in den Parteilisten kommen, kann man bis zur voraussichtlichen Veröffentlichung der Listen im September 2003 nur Vermutungen anstellen. Gespräche mit vielen Politikerinnen im Nordwesten Russlands lassen derzeit den Schluss zu, dass man kaum mit der Positionierung von Frauen auf den ersten Listenplätzen rechnet, so dass sich die Aussicht auf zusätzliche Mandate in der Staatsduma auch auf diesem Weg nur geringfügig verbessern wird.

Die Rahmenbedingungen für eine stärkere Partizipation von Frauen in der russischen Politik haben sich in den letzten anderthalb Jahren in einigen Bereichen verbessert, auch die Wähler/innen schenken Politikerinnen zunehmend mehr Vertrauen. Solange allerdings die politischen Parteien in Russland Fragen einer Gleichberechtigungspolitik in ihrer Programmatik weitgehend aussparen und Spitzenpositionen fast ausschließlich mit Männern besetzen, wird es den Durchbruch für Frauen in der Politik nicht geben. Der Durchbruch lässt sich nur über die politischen Parteien und ihre finanzielle Unterstützung bewerkstelligen. Die Wahlen im Dezember sind dafür wahrscheinlich noch zu früh.

■ Solange die politischen Parteien in Russland Fragen einer Gleichberechtigungspolitik in ihrer Programmatik weitgehend aussparen und Spitzenpositionen fast ausschließlich mit Männern besetzen, wird es den Durchbruch für Frauen in der Politik nicht geben.